

# Einführung

„Hochburg des Rechtsextremismus?“ lautete der Obertitel einer Konferenz des Hannah-Arendt-Instituts, die im September 2017 stattfand und Entwicklungen im Freistaat Sachsen in einen interregionalen und internationalen Vergleichskontext stellte. Dieses Themenheft präsentiert vorab erste Ergebnisse. Einige der Beiträge sind überdies im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt zur „Rechts motivierten (Hass-)Gewalt in Sachsen“ entstanden, ermöglicht durch eine Förderung des Sächsischen Ministeriums für Soziales und Verbraucherschutz und die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. Dies erklärt auch den thematisch engeren Zuschnitt mit der Konzentration auf Formen fremdenfeindlicher Mobilisierung unter weitgehender Ausblendung der Parteien, des Wahlverhaltens und des intellektuellen Umfelds rechtsextremer Militanz. Eine erheblich größere Bandbreite von Problemen, deren Erörterung das Tagungsthema erfordert, soll einem umfangreichen Band vorbehalten sein, der in einer der Schriftenreihen des Hannah-Arendt-Instituts erscheinen wird.

Das Titelthema „fremdenfeindliche Militanz“ ist bewusst etwas vage gehalten. Der Begriff erfasst ein breites Spektrum von Verhaltensformen: vom gewaltfreien, nur in der Sprache aggressiven Straßenprotest bis zur planhaft-systematischen Gewaltanwendung mit politischer Motivation. Beide Enden des Kontinuums können sich berühren, ohne dass es gewaltfreie Protestler immer beabsichtigen: Der Dresdner Politikwissenschaftler und Pegida-Kenner *Maik Herold* zeigt in seinem Beitrag einerseits, dass sich die befragten Pegida-Anhänger aus Erhebungen in den Jahren 2015 und 2016 im Blick auf die artikulierte Ausländer- und Islamfeindlichkeit nicht so stark von den gemessenen Durchschnittswerten in der Gesamtbevölkerung unterschieden, wie es die öffentliche Berichterstattung über die Demonstrationen vermuten ließ. Andererseits handele es sich um eine Art „Stammtisch der Straße“, der verbreitete Ressentiments „salonfähig gemacht“ und „zu einer Verrohung der Diskussionskultur beigetragen“ habe. Den starken Anstieg fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten im Jahr 2015 führt er auch darauf zurück, dass „die öffentliche Zurschaustellung und die in hetzerischen Reden zugespitzte Artikulation ausländer- und islamfeindlicher Vorurteile auf den Straßen und Plätzen der Republik dann auch von einigen als Aufruf zur Tat verstanden“ worden sei.

Während Pegida wegen der ausdauernden Mobilisierung in der sächsischen Landeshauptstadt hervorsteht und die herausragende Rolle des Freistaates in diesem Segment politischer Aktion begründet, führen vergleichende Betrachtungen in anderen Bereichen zu differenzierteren Ergebnissen. Der Chemnitzer Politikwissenschaftler *Tom Mannewitz* hat die nicht selten von gewaltsamen Ausschreitungen begleiteten Anti-Asyl-Proteste auf dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 in allen östlichen Bundesländern quantitativ auf der Grundlage behördlicher wie zivilgesellschaftlicher Erhebungen erfasst. Für Sachsen ist der

Befund zwiegespalten: Einerseits gab es im Freistaat in den Jahren 2015/16 auf eine Million Einwohner so viele Demonstrationen zum Thema Asyl/Flüchtlinge wie in keinem anderen deutschen Bundesland – und zwar unabhängig davon, ob diese von Rechtsextremen unterwandert waren oder nicht. Andererseits eigneten sich die meisten rechtsextremen Anti-Asyl-Proteste, auf eine Million Einwohner gewichtet, nicht in Sachsen, sondern in Mecklenburg-Vorpommern (2015) und Brandenburg (2016). Die meisten rechtsextremen Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte fanden – wiederum gewichtet nach Einwohnerzahl – in Sachsen-Anhalt (2015) und Thüringen (2016) statt. In diesen Ländern erreichte der Rechtsextremismus mit solchen Veranstaltungen auch die größten Bevölkerungsgruppen. Sachsen mag also während der Flüchtlingskrise eine Hochburg des Anti-Asyl-Protests in Deutschland gewesen sein; als Zentrum rechtsextremer Agitation spielte es eine etwas weniger bedeutende Rolle als andere östliche Bundesländer.

Eindeutig fällt einer der Befunde der Dresdner Politikwissenschaftlerin *Anna-Maria Haase* in ihrer Untersuchung zur Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aus. Pro 100 000 Einwohner gab es die meisten von ihnen Anfang 2018 in Sachsen, dicht gefolgt von Thüringen und Bayern. Die von ihr analysierten Fälle sind nicht repräsentativ, unterstreichen aber die von den Sicherheitsbehörden betonte Heterogenität der Szene in ihrem Verhältnis zu rechtsextremen Vereinigungen und Ideologien. Nicht zuletzt spielen kommerzielle Motive bei einem Teil der Aktiven eine wichtige Rolle. Dies dürfe aber nicht dazu führen, den möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund von Straftaten, die „Reichsbürger und Selbstverwalter“ begingen, zu missachten. Denn es ließen sich vielfältige „Informationskanäle“ wie auch „ideologische Schnittmengen“ zwischen Rechtsextremisten und „Reichsbürgern/Selbstverwaltern“ identifizieren, die tatrelevant sein könnten. Wie künftig mit „Grenzfällen“ in einer Grauzone zwischen Rechtsextremismus und „Reichsbürger- und Selbstverwalter Szene“ umzugehen sei, werde erst „eine routiniertere Erfassungspraxis der Sicherheitsbehörden“ über einen längeren Zeitraum erweisen.

Der militanten NS-affinen Szene ist der Beitrag des Dresdner Politikwissenschaftlers *Sebastian Gräfe* gewidmet. Er vergleicht sächsische Gewaltgruppen mit denen in Nordrhein-Westfalen. In quantitativer Hinsicht besteht zwischen beiden Ländern eine Kluft: Das „neonationalsozialistische Spektrum“ war 2016 in Sachsen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl „viermal so groß wie in NRW“. Die qualitative Betrachtung ergab hingegen viele Gemeinsamkeiten: In beiden Ländern waren mehrere Formationen von Verbotsmaßnahmen betroffen, darunter die „Nationalen Sozialisten Chemnitz“, die „Nationalen Sozialisten Döbeln“, der „Nationale Widerstand Dortmund“ und die „Kameradschaft Hamm“. Alle Gruppen einte Rassismus, Nationalismus, das Streben nach einem autoritären Führerstaat, die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, Antikapitalismus, Verherrlichung des Nationalsozialismus und Antisemitismus. Kennzeichnend war ebenso ihr aktionistisches Auftreten, mit dem sie sich einerseits vom subkulturellen Bereich und andererseits vom parteiförmigen

gen Rechtsextremismus abgrenzten. Spontandemonstrationen und kampagnen- förmige Aktionen unter wechselnden Bezeichnungen (wie „Volkstod“) sollten ein staatliches Eingreifen erschweren. In NRW traten Neonationalsozialisten punktuell gewalttätiger auf als in Sachsen, was für eine stärkere Abgrenzung gegenüber nicht-militanten Kräften spricht. Die Verbotsmaßnahmen bewirkten in beiden Ländern einen Szenewandel: Neonationalsozialisten schlossen Allianzen mit rechtsextremen Parteien. In NRW traten die betroffenen Aktivisten fast alle der Partei „Die Rechte“ bei. Sächsische Neonationalsozialisten wanderten hingegen größtenteils in die Jugendorganisation der NPD ein, zum Teil in die Partei „Der Dritte Weg“. So gelangten sie unter den Schutzmantel des Parteienprivilegs. In beiden Ländern gelang es NS-affinen Gruppen im Zuge der Flüchtlingsdebatte teilweise, Anschluss an Proteste unter Beteiligung breiterer Bevölkerungskreise zu finden.

Einem wichtigen Medium fremdenfeindlicher Militanz ist der Beitrag des Dresdner Politikwissenschaftlers *Maximilian Kreter* gewidmet: dem Rechtsrock. Nach einem Überblick zur Entwicklung der Szene in Deutschland und insbesondere Sachsen kommt er zu dem Ergebnis: Der Freistaat stelle bei den „Musikgruppen mit durchschnittlich 15 Prozent (seit 2001) einen beachtlichen Teil des bundesdeutschen Gesamtaufkommens“ und trage mit einigen aktiven Bands „maßgeblich zur Modernisierung und Diversifizierung der Szene“ bei, auch wenn „Szenegrößen“ nicht selten „aus dem Westen“ kämen. Die Inhalte analysiert er anschließend in einem Vergleich zweier Bands: „Blitzkrieg“ aus Chemnitz und „Heiliger Krieg“, seit 2014 in Sachsen ansässig. Während „Blitzkrieg“ mit „klassischem Rechtsrock“ aufwarte, trete „Heiliger Krieg“ als „Szeneavantgarde“ auf. Beide Bands repräsentierten jedoch politisch wie musikalisch die gleiche (subkulturelle) Bewegung und träten als Sprachrohre „fremdenfeindlicher Militanz“ in Sachsen wie in ganz Deutschland hervor.

*Uwe Backes*

